

Wir Berlinerinnen

*Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und
seiner Mitgliedsverbände*

Inhalt

Frauenpolitik Berlin- Brandenburg

Zum Ausgang der Bundestags-
wahl

Verbraucherschutz und Nach-
haltigkeit

Plenarsitzung mit der Bundes-
ministerin Renate Künast

Frauenpolitik in Europa

Europa ist eine Frau.

Frauen in Brüssel

Die aktuelle Debatte

KOK Koordinationskreis gegen
Frauenhandel und Gewalt an
Frauen im Migrationsprozess
e.V.

LFR Netzwerk

BAUFACHFRAU Berlin e.V.

Business und Professional
Women - Club Berlin e.V.

LFR Nachrichten

LFR Kultur und Medien

Buchtipps

Liebe Leserinnen

Wieder haben wir versucht, Ihnen eine bunte und vor al-
lem informative Mischung zusammenzustellen ...

In dieser Ausgabe finden Sie einen Kommentar zum Aus-
gang der Bundestagswahl aus frauenpolitischer Sicht. Ei-
ne Dokumentation und Zusammenfassung der Ergebnisse
unserer Plenarsitzung mit der Bundesministerin für
Verbraucherschutz, Renate Künast. Darüber hinaus be-
schäftigen wir uns mit der Vertretung der Frauen im Euro-
päischen Parlament in Brüssel.

Außerdem stellen sich der Koordinationskreis gegen
Frauenhandel und Gewalt gegen Frauen im Migra-
tionsprozess sowie unsere Mitgliedsverbände BAUFACH-
FRAU Berlin e.V. und Business und Professional Women
– Club Berlin e.V. vor.

Wir wünschen Ihnen wie immer viel Spaß beim Lesen.

Ihr

Landesfrauenrat Berlin e.V.



LANDESFRAUENRAT BERLIN E.V.

Frauenpolitik Berlin-Brandenburg

Bundestagswahl 2002: Eine ganz persönliche Wahlnachlese

An Spannung hätte kein Krimi die Wahlberichterstattung am Abend des 22.10.2002 überbieten können. Zwar waren die Zahlen nüchtern wie immer, aber die Dramaturgie ließ nichts zu wünschen übrig: Dramatik bis zum Ende, das bis in die tiefe Nacht hinein offen war. Manch eine/r ging am Abend beruhigt ins Bett und hatte am Morgen ein böses Erwachen – oder auch ein umgekehrtes Erleben der vorangegangenen Ereignisse.

Was war geschehen? Ein Bundestagswahlkampf, der inhaltlich alles andere als beeindruckend gewesen war, hatte seinen Abschluss in einem Wahlergebnis gefunden, mit dem niemand wirklich zufrieden sein kann und darf. Mit Ausnahme einer Pattsituation ist Deutschland damit wohl nichts erspart geblieben. Die errungene hauchdünne Mehrheit von Rot-Grün ist erkennbar zu knapp, um die anstehenden fundamentalen Probleme des Landes wirkungsvoll lösen zu können – der für viele Änderungen notwendige Bewusstseinswandel und der grundlegende Konsens in der Bevölkerung sind damit wohl kaum zu erreichen.

Allerdings hat die Opposition durchaus vergleichbare Probleme. Während die Union noch auf der Suche nach sich selbst ist, plagen die anderen Oppositionsparteien weitaus handfestere Probleme. Die F.D.P. versucht verzweifelt, sich aus der unheilvollen Umklammerung eines Jürgen Möllemann zu lösen. Eine gemeinsame starke Opposition, die Anspruch auf Mitgestaltung erheben kann, ist damit noch nicht zu erreichen. Der PDS wiederum ist es nicht gelungen, mindestens 3 Direktwahlkreise zu erringen oder die 5%-Hürde zu überspringen – auch in den neuen Bundesländern hängt niemand auf Dauer an Ewiggestrigen. Die damit verbundenen erheblichen Einschränkungen der parlamentarischen Arbeit sowie der finanziellen und personellen Basis der Partei lassen wirkungsvolle Opposition kaum zu – geschweige denn die Möglichkeit, eigene Ideen in Gestaltungsspielräume zu verwandeln.

Immer deutlicher wird die Spaltung unserer Gesellschaft in zwei Lager: ein rot-grünes und ein schwarz-gelbes. In gleichem Maße steigt aber aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler die Austauschbarkeit der Parteien und der Politiker/innen. Grundlegende Unterschiede sind zwar nach wie vor vorhanden, aber immer schwerer auszumachen. Hinsichtlich der Personen, die uns im Bundestag vertreten wollen und sollen, wird deutlich, dass in allen Parteien weniger auf Persönlichkeiten, denn auf folgsame Parteimitglieder Wert gelegt wird. Menschen vom Schlage eines (Helmut) "Schmidt Schnauze", eines – wenn auch umstrittenen – „Onkel Herbert“ (Wehner), eines nicht minder umstrittenen F(ranz)J(osef)S(trauß), eines „Nobby“ Blüm oder eines Heiner Geißler sind selten geworden im Parlament – und die wenigen, die noch so sind, sind damals wie heute in ihren Parteien wenig beliebt. Die große Alt-Liberale Hildegard Hamm-Brücher hat ob der unsäglichsten Äußerungen des Selbstdarstellers Möllemann gerade ihr Parteibuch zurückgegeben. Die oft aufmüpfige Renate Schmidt von der SPD wartet auf neue Aufgaben, die noch niemand so recht kennt. Rita Süßmuth, lange Zeit einzige frauenpolitische Hoffnungsträgerin in der Union, hat den Bundestag verlassen und ist jetzt vor allem dort tätig, wo sie trotz ihrer Parteizugehörigkeit gefragt ist.

Die berühmten „Skandälchen“, an denen es auch diesmal nicht fehlte, treffen längst alle Parteien und Parteienvertreter/innen gleichermaßen. Ludger Vollmer, Rezzo Schlauch und Cem Özdemir von den GRÜNEN scheiterten an den parteieigenen moralischen Ansprüchen ebenso wie Gregor Gysi an den harten Realitäten, die einem Visionär in den Niederungen der Verwaltung begegnen.

Kurzum – unsere Politik wird nicht bunter, sondern gleichförmiger. Die Wahlbevölkerung dieses Landes quittiert das mit einer tiefgreifenden Politikunlust, die sich immer häufiger in geringen Wahlbeteiligungen ausdrückt.

Aus frauenpolitischer Sicht kann eine Bewertung des Wahlergebnisses zum jetzigen Zeitpunkt nicht sachgerecht erfolgen. Christine Bergmann, uns allen bekannt als Berliner Sena-

torin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, hat das Handtuch geworfen. Sie wird weder dem 15. Bundestag noch der neuen Bundesregierung angehören. Allerdings gehörte sie auch in der Vergangenheit kaum zu Kanzlers Lieblingen – ihre vielen frauenrelevanten „Schubladenprojekte“, die das Stadium der Ankündigung nie überschritten, legen beredt davon Zeugnis ab. Die Zukunft muss zeigen, wie ernst ein Kanzler Schröder Gleichstellungspolitik wirklich nimmt. Zwar haben wir den Werbeplakaten entnehmen können, dass er „jeden Tag zu Hause“ erfahre, wie wichtig Gleichstellung sei, allein in der sozialdemokratischen Politik der letzten 4 Jahre hat dies kaum Niederschlag gefunden. Dies gilt sowohl in personalpolitischer Sicht als auch bezogen auf einzelne Sachthemen. Von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting jedenfalls ist die alte Bundesregierung noch meilenweit entfernt. Seien wir gespannt, was sie uns in der neuen Regierungsperiode zu bieten hat – vielleicht endlich auch eine Frau als Bundespräsidentin? Immerhin würde die SPD auch damit noch hinter ihren eigenen Quotierungsbeschlüssen zurückbleiben, denn mit Kanzler Schröder und Bundestagspräsident Thierse sind die anderen zwei höchsten Staatsämter selbstverständlich mit Männern besetzt.

Bei der Union sieht es nicht viel besser aus. Zwar erlaubte sich die CDU schon vor längerem als erste große Volkspartei eine weibliche Generalsekretärin, die dann in Krisenzeiten auch flugs zur Parteivorsitzenden und inzwischen sogar zur Fraktionsvorsitzenden gekürt wurde – eine erste weibliche Bewerbung für das Bundeskanzleramt ging der Union denn aber doch zu weit. Dr. Angela Merkel musste dem bajuwarischen Edmund Stoiber weichen – das Ergebnis ist hinlänglich bekannt. Seit ihrem Amtsantritt als Parteivorsitzende wird inner- und außerparteilich über ihr Beratungsteam als „girlscamp“ gelästert – wer hat je von den Männerbünden anderer Vorsitzender gesprochen? Frauenpolitik als Gleichstellungspolitik hat Angela Merkel schon lange gemacht, zumeist aber in einer subtilen Form, die von außen nur schwer und dann an kleinen Schritten erkennbar war. Immerhin weht ihr der Wind schon kurz nach Amtsantritt heftig entgegen – unter anderem deshalb, weil sie eine verstärkte Berücksichtigung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung – der Frauen – in ihrer Partei fordert. Inwieweit sie in ihrer Arbeit als Fraktionsvorsitzende diesen Ansatz erfolgreich fortsetzen kann, muss sich erst erweisen.

Bündnis 90 / Die GRÜNEN haben mit Renate Künast erst kürzlich eine Frau in die Bundesregierung entsandt, die Joschka Fischer durchaus als Aushängeschild der Alternativen den Rang ablaufen könnte. Ihr Verantwortungsbereich schließt den Verbraucherschutz mit ein, ein Themenfeld, dem das besondere Interesse von Frauen gilt und das in nicht unerheblichen Maße von Frauen beeinflussbar ist. Bleibt abzuwarten, ob und wie sich daraus tiefgreifende Veränderungen ergeben.

Bei der F.D.P. scheinen gleichstellungsrelevante Fragen in Bezug auf Frauen als Thema schlicht nicht existent zu sein – kein Wunder, findet sich doch außer einer Generalsekretärin keine halbwegs prominente Politikerin mehr in vorderster Parteilinie. Es steht zu befürchten, dass damit Frauenpolitik auch zukünftig keinen hohen Stellenwert bei den Liberalen haben wird.

Die PDS kämpft ums Überleben – frauenpolitisch hilft es dabei wenig weiter, dass beide Bundestagsabgeordneten weiblich sind.

Fazit: Die letzte Legislaturperiode hat nicht den von vielen erwarteten und erhofften Aufbruch in der Gleichstellungspolitik gebracht, und bisher sind keinen Anzeichen erkennbar, dass sich das in den nächsten Jahren ändern wird.

Den politisch Verantwortlichen muss aber bewusst gemacht werden, dass nur durch Gleichstellung die Zukunft unserer Gesellschaft dauerhaft gesichert werden kann.

DAFÜR SETZEN WIR UNS MIT ALL UNSEREN KRÄFTEN EIN !

Dagmar König
(Stellvertretende Vorsitzende LFR)

Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit

Plenarsitzung mit der Bundesministerin Renate Künast

Nicht nur die anwesenden Gäste, auch die Verbraucherministerin stand noch unter dem Eindruck der Flutkatastrophe. So erstaunte es nicht, dass sie ihren Vortrag im Rathaus Schöneberg mit Eindrücken aus den Hochwassergebieten begann. Mit Kriegsschauplätzen verglich sie die Orte, die sie in den letzten 2 Wochen besucht hatte. Und sie sprach das aus, was uns wohl alle in den letzten Tagen und Wochen durch den Kopf ging: Was sind die Ursachen einer solchen Katastrophe?

Renate Künast formulierte als Antwort, was schon beinahe als Allgemeinplatz für das Wirtschaften und den Umgang mit Natur und Ressourcen gelten kann, aber in der Tragweite seiner Konsequenz nirgends so deutlich wurde wie angesichts von Flutwellen und meterhohem Schlamm: „Der Umgang mit unseren Flüssen und Auenlandschaften war offenkundig nicht auf Nachhaltigkeit, sondern auf kurzfristiges Denken ausgerichtet.“ Diese in der Vergangenheit zugunsten wirtschaftlichen Wachstums missachtete Nachhaltigkeit, so betont die Ministerin, hat die rot-grüne Regierung zum Leitbild ihres Handelns gemacht: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“¹

Der Gedanke ist gut, aber wie soll das funktionieren? Und überhaupt: Was bitte ist denn Nachhaltigkeit eigentlich? Und – eingedenk der thematischen Vorgabe des Plenums:

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation – was hat Nachhaltigkeit mit uns zu tun?

Ausschlaggebend ist bei der Umsetzung der Nachhaltigkeit, wie bereits angeklungen, die zeitliche Komponente: langfristiges Planen, Abschätzen und Abwägen der Folgen von Entscheidungen und Handlungen. Und nachhaltig geplant und gehandelt werden soll, so erklärt Renate Künast, in drei Dimensionen: Der ökologischen, der sozialen und der ökonomischen. Die ökologische meint den Umgang mit der Natur, mit fossilen Energien zum Beispiel. Auch Flussbegradigungen oder eben – nachhaltig gedacht – das Bewahren natürlicher Flussläufe gehören dazu. In der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit geht es im weitesten Sinn um das Schaffen von Gerechtigkeit, zwischen den Geschlechtern, den Generationen und weltweit. Doch es bedeutet auch, so betont Künast, den Zugang zu immateriellen Gütern, zu Bildung und Wissen für alle zu gewährleisten, Informationen bereitzustellen, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen verantwortungsbewussten Konsum zu ermöglichen. Die ökonomische Dimension nimmt die Folgekosten von Produktion ins Visier. Umweltbelastungen und die daraus entstehenden Kosten werden in der Regel nicht in die Produktionskosten eingerechnet, sondern müssen schlussendlich über Steuern finanziert werden.

Bereits hier wird deutlich, dass Nachhaltigkeit eine Menge mit uns als Verbraucherinnen zu tun hat. Renate Künast bringt es auf den Punkt: „Mit der Kaufentscheidung fällt immer auch die Entscheidung darüber, welche Produktionsbedingungen unterstützt werden. Das ist die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher – und ihre Verantwortung.“ Doch ist es schwierig, von dieser Macht gebraucht zu machen, wenn man erst vom Nitrofen erfährt, wenn die Hühner schon gegessen sind, wie eine Frau in der anschließenden Diskussion trefend bemerkt.

Das sieht auch die Ministerin. Sie benennt, John F. Kennedy zitierend, die 4 grundlegenden Verbraucherrechte:

1. das Recht auf Sicherheit,
2. das Recht auf Information,

¹ Weltkommission für Umwelt und Entwicklung („Brundtland-Kommission“), 1987, in: „Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Kurzfassung.“, herausgegeben von der Bundesregierung. Internetversion: (Zugriffsdatum: 21.08.02)
http://www.dialog-nachhaltigkeit.de/downloads/StrategieKurzfassung_DE_final.PDF.

3. das Recht auf Wahlfreiheit und
4. das Recht Gehör zu finden.

Mit dem Recht auf Information hapert es jedoch noch, wie nicht nur die Nitrofen-Hühner zeigen. Das von der Regierung eingebrachte Verbraucherinformationsgesetz wird bislang von der Union im Bundesrat blockiert. Dabei brächte dieses Gesetz entscheidende Verbesserungen: einen Anspruch für die Verbraucherinnen und Verbraucher auf Zugang zu Informationen, und darüber hinaus das Recht von Behörden, die Öffentlichkeit, so ein besonderes Interesse besteht, zu informieren. Im Klartext: Das Verbraucherministerium hätte mit seinen Informationen an die Öffentlichkeit gehen können, bevor die Hühner im Topf sind.

Die Ministerin beschränkt sich bei ihrem Einsatz jedoch nicht nur auf die nationale Ebene. Vielmehr, so sagt sie, muss das Ziel die internationale Durchsetzung der Verbraucherrechte sein. Immerhin gibt es inzwischen einen EU-Verbraucherkommissar. Eine EU-Richtlinie zum Verbraucherschutz, vergleichbar mit der für Finanzdienstleistungen, ist in Arbeit, ihre Fertigstellung wird jedoch, so prognostiziert Künast, noch 6 Jahre in Anspruch nehmen. Nun denn, die Mühlen der EU mahlen langsam.

In der Bundesrepublik gibt es derweil kleine, aber wichtige Erfolge im Hinblick auf Transparenz und Verbraucherinformation zu verzeichnen. Am Welteitag (ja, den gibt es wirklich) präsentierte die Verbraucherministerin die neue Eierkennzeichnung, symbolisch vollzogen durch das erste ministeriell und von Hand gestempelte Ei. Durch die neue Kennzeichnung erfährt die interessierte Verbraucherin nicht nur, unter welchen Bedingungen ihr Frühstücksei gelegt wurde, sondern kann, wenn sie das möchte, die Herkunft des Eies bis in den Stall verfolgen. Auf du und du mit der Henne.

Nur wenn, wie beim Frühstücksei, tatsächlich Informationen über Inhalte, Herkunft und Produktionsbedingungen zugänglich sind, können Verbraucherinnen – die, laut Künast und einer nord-ostdeutschen Studie, bewusster und sensibler als Männer einkaufen – auf nachhaltigen Konsum achten. Eine Einkaufshilfe bieten hierbei auch eine ganze Reihe von Labels wie das Bio- oder das Trans-Fair-Siegel. Zum Abschluss ihres Vortrages beweist die Verbraucherministerin, dass sie – Siegel hin, Nachhaltigkeit her – mit beiden Beinen fest in der Realität eines durchschnittlichen deutschen Haushalts steht: Man müsse ja nicht gleich den gesamten Einkauf auf nachhaltige Waren umstellen, hin und wieder eine „Pfadfinderinnentat“ brächte auch schon eine ganze Menge – Renate Künast weiß schließlich um die Preise bei vielen nachhaltigen Produkten.

Anja Feldhorst

Der **nachhaltige Warenkorb** und weitere Einkaufsempfehlungen einschließlich einer Liste der Gütesiegel nachhaltiger Produkte sind über den Rat für Nachhaltigkeit im Internet abrufbar unter:

www.nachhaltigkeitsrat.de

Weitere Informationen und ein **Diskussionsforum zur Nachhaltigkeit** finden Sie auf der von der Bundesregierung eingerichteten Webseite:

www.dialog-nachhaltigkeit.de

Über das **Verbraucherinformationsgesetz** sowie unterschiedlichste Themen zum **Verbraucherschutz** informiert das Verbraucherministerium:

www.verbraucherministerium.de

Hier finden Sie auch Links und Adressen der Verbraucherverbände und vergleichbarer Einrichtungen.

Frauenpolitik im Bund

Europa ist eine Frau – Ist Europa eine Frau?

Europa: „Die Großäugige“, jene Mondgöttin, nach der der Erdteil Europa benannt wurde, war ursprünglich die Muttergöttin der Kreter. Sie besaß einen Zauberspeer, der niemals sein Ziel verfehlte, und einen riesigen Krieger aus Messing, der ihre Insel schützte, während sie des Nachts auf ihrem Diener, dem Mondstier, ausritt.²

Aber inwieweit haben Frauen in Europa wirklich Mitspracherecht? Inwieweit wird Europa von Frauen mitregiert? Wie schätzen sie, die Parlamentarierinnen, selbst ihre Arbeit und die Auswirkungen ihrer Einflussnahme ein?

Im Rahmen einer Studienreise nach Brüssel ließen sich aktuelle Eindrücke gewinnen: Brüssel – per Flug oder mit der Bahn über Köln/Bonn schnell zu erreichen – mit seinem alten Stadtteil und dem neuen, ist zugleich hübsch und gemütlich, aber auch hektisch und aktuell, also in jedem Fall sehenswert.

Die Gebäude des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Rates sind imposant. Wenn man einer der dort 10sprachig abgehaltenen Konferenzen beisitzt, bekommt man einen Eindruck von der Interkulturalität des Ortes und des Geschehens.

Wenn man die dort arbeitenden Frauen, z.B. die Parlamentarierinnen, sprechen möchte, muss man sich entweder schon lange vorher angemeldet und einen relevanten Grund haben oder ganz einfach Glück. Denn sie alle sind mehr als viel beschäftigt. Die meisten Parlamentarierinnen leben ehe- und kinderlos. Eine der wenigen Ausnahmen, die wir zu sprechen bekommen, Hiltrud Breyer (*Mitglied im Europäischen Parlament – Grüne Fraktion*), berichtet von ihrem Organisationstalent und den unglaublichen Anstrengungen, die sie aufbringen muss, um Beruf und Familie (2 kleine Kinder) unter einen Hut zu bringen. Hiltrud Breyer ist Mitglied im „Ausschuss für die Rechte der Frau“ sowie in zwei weiteren Gremien. Jedoch merkt sie selber an: „Der ‚Ausschuss für die Rechte der Frau‘ wird im Parlament immer noch nicht als so richtig vollwertig angenommen. Jede Legislaturperiode müssen wir darum kämpfen, dass der Frauenausschuss bestehen bleiben darf.“ Zu den beiden Schlüsselthemen „Gewalt“ und „Gender Mainstreaming“ sagt sie, dass Gewalt immer noch ein „gutes Thema“ ist. In anderen Ländern, z.B. Portugal, sei die Sensibilität dafür immer noch überraschend gering. Gender Mainstreaming stehe sie persönlich kritisch gegenüber, weil sie befürchte, dass man sich in der Struktur, dem Strukturaufbau, verlieren könnte.

Als zweite Frau im Parlament, zweite Parlamentarierin, treffen wir wenige Tage später Elisabeth Schroedter (*Mitglied im Europäischen Parlament – Grüne Fraktion*). Ihre Einschätzung des Gender Mainstreamings fällt ganz anders aus: „Gender Mainstreaming ist eine Menschenrechtsfrage! Es fällt unter den Aspekt Antidiskriminierung.“ Wenn man einschätzen will, wie weit potentielle Beitrittsländer der Europäischen Union in der Erfüllung der Bedingungen sind, dann gilt es auch diesen Punkt zu berücksichtigen. Wobei angemerkt werden muss, dass die Europäische Union in dieser Hinsicht immer nur ein Minimum an Anforderungen stellt. Das könne aber noch lange nicht das Optimum sein, das die Frauenbewegung erreichen möchte. Sie findet insgesamt, dass es besorgniserregend aussieht. Besonders die Fakten und Zahlen zum Thema Frauenhandel seien schockierend!

Alle Parlamentarierinnen und auch die anderen Frauen – und ein Mann –, die wir treffen, zeigen sich außerordentlich mitteilsam und hilfsbereit, wenn es um die Weitergabe von Informationen geht oder um Hinweise darüber, wie Projekte am besten Gelder beantragen können. Zufrieden ist jedoch keine wirklich mit der aktuellen Situation. Ob es an den zu hoch gesteck-

² Patricia Monaghan: Lexikon der Göttinnen, O.W. Barth, 1997, S. 94.

ten Erwartungen liegt oder ob tatsächlich, wie wir mehrfach hören, Rückschritte zu verzeichnen sind, lässt sich so schnell nicht tiefgehend ergründen. Sicher ist nur, dass in Brüssel, im Europäischen Parlament, immer noch nicht ebenso viele qualifizierte Frauen wie Männer arbeiten. Und dass nach wie vor gilt, was Hiltrud Breyer noch einmal für wichtig zu erwähnen hält: Frauen müssen lernen, europäisch zu denken und international zu arbeiten. Sie müssen lernen, sich durchzusetzen und Gehör zu verschaffen und – zunächst leider auch weiterhin unter ungerechten Bedingungen – durchzuhalten.

Wichtige Ansprechpartnerinnen

European Women's Lobby (EWL)
18, rue Hydraulique
B – 1210 Brüssel
Tel.: +32.2.217.90.20
www.womenlobby.org
ewl@womenlobby.org

Info-Point – Europees Parlement
Wiertzstraat / Rue Wiertz 60
1047 Brussel - Bruxelles
Tel.: +32.2.284.26.79
www.infopointeurope.be
epbrussels@europarl.eu.int

Europäische Kommission, Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Unter den Linden 78
10 117 Berlin

Hier können Sie sich kostenlos umfassendes Informationsmaterial abholen.
z.B.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Frauen in Europa
(darin weiterreichende Literaturhinweise)
Hotline zur Bestellung von Publikationen: Tel.: 0180 – 321 – 20 02

Literaturempfehlung

Allroggen, Berger, Erbe (Hg.): „Was bringt Europa den Frauen?“ Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union. Hamburg 2002.

Außerdem: Die Broschüre „Frauen greifen nach den Sternen“ kann kostenlos via E-Mail bei Hiltrud.Breyer@berlin.de bestellt werden.

Von der Homepage von Hiltrud Breyer MdEP, www.hiltrud-breyer.de, können Sie monatlich die neuesten EU-Frauennews herunterladen.

Die Homepage von Elisabeth Schroedter: www.elisabeth-schroedter.de.

Die Heinrich-Böll-Stiftung, die FAM München, das Bildungswerk Berlin und andere Organisationen organisieren immer mal wieder frauenpolitische Studienreisen nach Brüssel. Bei Interesse fragen Sie bitte bei den jeweiligen Organisationen nach.

Petra Steinke

LFR aktuelle Debatte

Handlungsperspektiven für Opfer von Frauenhandel

KOK e.V. – Ein Netzwerk engagiert sich für die Menschenrechte und das Empowerment von Migrantinnen

Die 22-jährige Ukrainerin Ana S. bekommt unerwartet Besuch im Abschiebeknast. Seit drei Tagen wartet sie hier darauf, dass der Bundesgrenzschutz sie mit ihren Papieren zum Flughafen geleitet, von wo aus sie in ihre Heimat zurückgeschickt werden soll. Die hatte sie vor rund acht Monaten verlassen, um in Deutschland als Serviererin zu arbeiten. Eine Sozialarbeiterin der nahegelegenen Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel besucht regelmäßig die inhaftierten Frauen. Auch bei Ana S. erkundigt sie sich, ob sie Unterstützung braucht. Durch ihre langjährige Berufserfahrung hat die Sozialarbeiterin schon bald den Verdacht, dass Ana ein Opfer von Frauenhandel ist.*

Die Inhaftierte hat nun 4 Wochen Zeit, sich zu überlegen, ob sie sich als Zeugin zur Verfügung stellen will. Bis dahin wird sie in eine betreute Unterkunft, etwa in ein Frauenhaus, ziehen. Dass Ana S. und mit ihr viele inhaftierte Frauen, bei denen der begründete Verdacht auf Frauenhandel besteht, diese Zeit zum Überlegen haben, ist ein Erfolg des KOK e.V., einem Netzwerk von 38 Organisationen, die Opfer von Frauenhandel beraten und unterstützen. Kennzeichnend für den Koordinierungskreis ist seine Vielfalt von Mitgliedsorganisationen: Migrantinnen-Projekte, Frauenhäuser, kirchliche Vereine und Hurenorganisationen setzen sich gemeinsam für die Bekämpfung des FrauenMenschenhandels und für die Verwirklichung der Menschenrechte für Migrantinnen ein.

Ziel des KOK ist es, neben der Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation betroffener Frauen, bei Behörden und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein über die Hintergründe von Frauenhandel zu erhöhen. Der Koordinierungskreis ist zu Gunsten „gehandelter“ und migrierter Frauen aktiv, um sie zu entkriminalisieren und sicherzustellen, dass sie rechtlichen, sozialen und medizinischen Beistand erhalten. Darüber hinaus unterstützt KOK in einigen der potentiellen Herkunftsländer die Aufklärungsarbeit verschiedener Organisationen und Netzwerke vor Ort.

Um die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit effektiver zu gestalten, hat der 1987 gegründete Verein vor 3 Jahren ein Büro in Potsdam eingerichtet. Bei sämtlichen Arbeitsschwerpunkten steht die menschenrechtliche Perspektive im Zentrum, auch wenn der KOK die Notwendigkeit einer effektiven Strafverfolgung unterstreicht.

Um den Opferschutz zu verbessern, setzt sich KOK für ein längerfristiges Aufenthaltsrecht bereits ab dem ersten Verdacht auf Frauenhandel ein. Damit die Frauen eine Lebensperspektive entwickeln und nachhaltig dem Kreislauf des Frauenhandels entgehen können, engagiert sich der Koordinierungskreis für eine umfassende Gesundheitsversorgung einschließlich Traumatherapie, Familiennachzug und der Möglichkeit zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen. In Bezug auf eine effektivere Strafverfolgung und den verbesserten Schutz von Opferzeuginnen unterstützt der Verein die Ausweitung und Umsetzung der regionalen Kooperationsvereinbarungen von Beratungsstellen und Polizei. Im Bereich der Prävention setzt sich KOK neben der Aufklärungsarbeit für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehepartnerinnen ab der Heirat ein.

Im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen engagiert sich der Koordinierungskreis für die Übernahme von Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz, für die Entschädigung der Opfer aus der Gewinnabschöpfung gefasster TäterInnen sowie für die Entwicklung fundierter Reintegrationsprogramme.

* Name geändert

Um ihre Ziele zu erreichen, organisieren die KOK-Koordinierungsstelle sowie die Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes Veranstaltungen, Fortbildungen, Tagungen, Vernetzungsarbeit, Aus- und Weiterbildung mit zuständigen VertreterInnen bei Staatsanwaltschaft, Polizei, Ausländerbehörden, Sozial- und Arbeitsämtern.

Eine zentrale Rolle spielt die *Bundesweite Arbeitsgruppe Frauenhandel*, die 1997 unter Mitwirkung des KOK beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingerichtet wurde. In diesem Gremium arbeiten neben MitarbeiterInnen des Ministeriums, VertreterInnen des Bundeskriminalamts, des Bundesministeriums der Justiz und des Inneren, des Auswärtigen Amtes sowie einzelner Landesministerien auch KOK-Organisationen mit. Für die Verbesserung von rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Verordnungen und Erlassen ist diese Arbeitsgruppe das wichtigste Gremium auf nationaler Ebene. Diesem Engagement des Koordinierungskreises, aber auch anderer Initiativen und Institutionen, die sich für Frauenrechte und Rechte der Migrantinnen einsetzen, sind bereits einige Erfolge zu verdanken. Dazu zählen ein kurzfristiger Aufenthaltstitel für Opferzeuginnen, die erwähnte 4-Wochen-Frist für Frauen, bei denen Verdacht auf Frauenhandel besteht, die Reduzierung der Ehebestandszeit von 4 auf 2 Jahre und die Abschaffung der Sittenwidrigkeit der Prostitution. Schutz und Unterstützung, insbesondere der Opferzeuginnen, konnten verbessert werden. FrauenMenschenhandel ist Teil der global organisierten Kriminalität. Deshalb engagiert sich KOK auch auf internationaler Ebene. Neben der Sensibilisierung bezüglich weltweiter Ursachen von Frauenhandel, wie den extremen Wohlstandsgefällen, rigiden Ausländergesetzbearbeitungen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung, arbeitet der Koordinierungskreis auf europäischer und UN-Ebene, z.B. Lobbyarbeit bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, internationale Vernetzungsarbeit bei der Global Alliance Against Traffic in Women (GAATW). KOK setzt sich bei der Erarbeitung wichtiger internationaler Dokumente dafür ein, dass die menschenrechtliche Perspektive und die Verbesserung des Opferschutzes Vorrang haben. So ist ein (Mit-)Erfolg der internationalen Lobbyarbeit die Erweiterung der Definition von Menschenhandel im so genannten Palermo-Protokoll, einem UN-Zusatzprotokoll der UN Crime Commission zur Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Dieses Dokument dient als Grundlage für Forderungen an den Gesetzgeber und die zuständigen Behörden, um so auch die Rechte von Migrantinnen, die als Pflegekräfte oder Haushaltshilfen ausgebeutet werden, zu verwirklichen und ihren Schutz zu verbessern.

Ana S. hat sich entschieden, gegen die Menschenhändler auszusagen. Dabei wird sie psychologisch unterstützt und rechtlich beraten. Um ihre traumatischen Erlebnisse verarbeiten und eine Lebensperspektive entwickeln zu können, beantragte sie eine Therapie nach dem Opferentschädigungsgesetz, denn nur dieses bietet die Möglichkeit, dass die Kosten für eine Therapie übernommen werden. Die Aussichten für eine Genehmigung stehen jedoch schlecht. Denn Anträge werden bislang von vielen Behörden nicht anerkannt. Die Entscheidung, ob sie aufgrund ihrer Gefährdung auch nach dem Prozess in Deutschland bleiben kann, steht noch aus.

Die KOK-Broschüre *Frauen handeln in Deutschland* ist kostenlos - und auch in englischer Sprache: *Trafficking in Women in Germany* - bei der Broschürenstelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu beziehen.

Judy Gummich, Bundesreferentin für nationale Belange, KOK e.V.

KOK e.V. ist für seine Arbeit auf Spenden angewiesen.

Bankverbindung: Konto 791 296, BLZ 100 602 37, Evangelische Darlehensgenossenschaft. eG

Kontakt: KOK e.V. – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess, Behlertstr. 35, 14467 Potsdam, Tel.: 0331-280 33 00, Fax: 0331-280 33 07
E-Mail: office@kok-potsdam.de, Internet: www.kok-potsdam.de (im Aufbau)

LFR Netzwerk

BAUFACHFRAU Berlin e.V.

Verein zur Förderung von Frauen in Bau- und Ausbauberufen

Gründungsjahr:	1988
Geschäftsführung:	Dipl.-Ing. Arch. Edith Stoll
Anschrift:	Meyerbeerstr. 36/40 13088 Berlin
Telefon	(030) 925 24 83
Fax	(030) 925 19 64
E-Mail	bff.berlin@t-online.de
Internet	www.holzart-berlin.de

Selbstdarstellung:

BAUFACHFRAU Berlin e.V. ist ein in Berlin seit 1988 aktiver berufsfördernder Zusammenschluss von Frauen. Er entstand aus der Idee der Vernetzung von Planerinnen, Handwerkerinnen und Umweltingenieurinnen mit dem Ziel, die Marktchancen der Frauen in diesen Berufsfeldern zu stärken.

Mittlerweile ist der Verein ein Beschäftigungs- und Bildungsträger, der öffentlich finanzierte Förderprogramme des Landes Berlin, des Arbeitsamtes und der Europäischen Union umsetzt. In dieser Rolle wird die Erwirtschaftung eigener Mittel mit steigender Tendenz erforderlich. Die frauenpolitische Zielsetzung der BAUFACHFRAU sowie ihre Rolle als Akteurin auf dem sog. Zweiten Arbeitsmarkt ist nun also mit der Marktfähigkeit ihres Produktes zu vereinbaren.

BAUFACHFRAU versteht ihre Aufgabe primär in der Vermittlung **handwerklicher Qualifikationen**. Sie unterstützt die individuelle Berufsorientierung der in den Projekten arbeitenden Frauen. Die Zielgruppe von BAUFACHFRAU ist sehr heterogen und fordert ein flexibles Eingehen auf unterschiedliche qualifikatorische und persönliche Voraussetzungen. Um ihrer Aufgabe auch in längerer Perspektive gerecht zu werden, arbeitet BAUFACHFRAU stetig an einer Weiterentwicklung ihrer Qualifizierungsangebote.

Mit dem 1998 eingerichteten **lokalen Innovationszentrum** erweiterte BAUFACHFRAU ihr Handlungsspektrum um zwischenbetriebliche Vernetzungen. Ökologische, soziale und wirtschaftliche Problemlagen in ihren Wechselwirkungen verlangen in vielen Bereichen Lösungsansätze, die auf regionale Belange zugeschnitten sind und vor allem von den Akteuren vor Ort getragen werden. Das **lokale Innovationszentrum** wurde in der Absicht entwickelt, die Marktposition kleinerer Handwerksbetriebe im regionalen Umfeld durch Initiierung von Kooperationsnetzen zu stärken.

Schwerpunkte:

- Projekte im Bereich der Denkmalpflege, der Stadterneuerung, des ökologischen Bauens,
- Erstausbildung in der Tischlerei,
- Umschulungen in der Tischlerei,
- Schulungen an neuester CAD- und CNC-Technik.

Leistungen:

- Möbelbau,
- Innenausbau,
- umwelttechnische Dienstleistungen.

Business und Professional Women – Club Berlin e.V.

Wer und was ist der BPW Berlin e.V.?

Business and Professional Women – Germany Club Berlin e.V. kurz: BPW-Berlin ist ein gemeinnütziger Verein, der Frauen in ihrem beruflichen Fortkommen unterstützt. Der Club ist berufsübergreifend, überparteilich und überkonfessionell. In Deutschland sind im BPW über 1000 und weltweit über eine viertel Million Mitglieder miteinander verbunden. Der Club Berlin ist Mitglied im BPW Germany und damit Teil eines der größten nationalen und internationalen Frauennetzwerke. Der Club Berlin zählt fast 100 Mitglieder.

An wen richtet sich der BPW e.V. und was bietet der Club?

Der BPW Berlin wendet sich an aktive berufstätige Frauen.

Er bietet den Mitgliedern Möglichkeiten der Kommunikation und des Business. Unser Club hilft Ihnen somit, persönliche und geschäftliche Verbindungen zu knüpfen, und fördert die Vernetzung und Kooperation von qualifizierten Frauen in Berlin und Umgebung. Auch haben Sie in unserem Club die Gelegenheit, sich aktiv in die Clubarbeit einzubringen und sich bzw. ihr Business und Know-how einer Vielzahl von Berliner Frauen vorzustellen.

Welche Veranstaltungen können Sie bei BPW Berlin e.V. besuchen?

Unsere einmal im Monat stattfindenden Clubabende geben Ihnen die Möglichkeit, Kontakte zu Mitgliedern und interessanten Gästen zu knüpfen und zu pflegen.

Bei unseren Fachveranstaltungen bieten Ihnen Experten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Weiterbildung und auch Meinungsbildung an.

Unsere Mitglieder können sich in eine der vorhandenen Arbeitsgruppen (AG Internet, AG Öffentlichkeitsarbeit, AG Frauenpolitik, AG Recht und Finanzen, AG Fundraising, AG Internationales, AG Young BPW, AG 2000 Süd, AG 2000 Nord) aktiv einbringen.

Welche Ziele verfolgt der Club?

Der Club hilft Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung und vertritt deren Interessen. BPW Berlin ist im Landesfrauenrat Berlin und BPW Germany im Deutschen Frauenrat vertreten. BPW versteht sich als regionales, nationales und internationales Netzwerk. Zugleich dient der Club der Völkerverständigung.

Der internationale Verband hat als Non-Governmental-Organization Berater-Status in einer Vielzahl von UN-Komitees (z.B. UNESCO; WHO; INSTRAW), Vertreterinnen bei der UNO sowie beim internationalen Arbeitsamt in Genf und dem Europarat in Straßburg. Bei der European Women's Lobby (EWL) in Brüssel ist seit 1990 eine Vertreterin des Verbandes präsent.

Weitere Informationen und das Programm unter www.bpw-berlin.de
Interessentinnen sind jederzeit herzlich eingeladen

Presseerklärungen

Autonomes Mädchenhaus – Opfer planloser Jugendpolitik

Die Schließung des Autonomen Mädchenhauses zeigt, mit der Jugendarbeit in Berlin geht es bergab. Die Ursachen sind vielfältig: Ein Schulsenator, für den der Jugendbereich nur Appendix ist. Bezirke, die finanziell so unter Druck gesetzt werden, dass sie gesetzliche Leistungen nicht mehr erfüllen können. Ein Reformstau in den Strukturen der Jugendarbeit, der seit Jahren unbearbeitet vor sich hergeschoben wird. Die 100%ige Überlagerung der fachlichen Debatte durch die Kostenfrage. Immer mehr MitarbeiterInnen, die durch die Politik der vergangenen Jahre kontinuierlich demotiviert werden. Alle Zuständigen schieben sich inzwischen gegenseitig die Verantwortung zu. Leidtragende sind die Jugendlichen, insbesondere diejenigen, die aus schwierigen sozialen Verhältnisse kommen und die Hilfe der Gesellschaft benötigen.

Opfer dieser Entwicklung ist das Autonome Mädchenhaus. Das ist insbesondere schmerzlich, weil der Bedarf an einer unbürokratischen, parteilichen und individuell begleitenden Krisenintervention in einer Stadt wie Berlin nach wie vor besteht. Wer kennt sie nicht, die Fälle von Mädchen, die in Not geraten sind, die kein Vertrauen mehr in die Elternhäuser, in die Schulen und in die staatlichen Institutionen haben? Mädchen, die auf Trebe sind, die immer wieder weglaufen, die Schule schwänzen, von ihren Eltern verheiratet werden sollen – Mädchen, die in Not sind.

Das Autonome Mädchenhaus muss nicht schließen, weil es diese Mädchen nicht mehr gibt. Auch nicht, weil das Mädchenhaus teurer ist als die Mädchennotdienste, geschweige denn als die Heimunterbringung. Es besteht bei den kooperierenden Institutionen auch nicht die Ansicht, das Mädchenhaus habe schlecht gearbeitet. Die Schließung ist das Ergebnis von Ignoranz und Planlosigkeit. Die Umstellung auf Kostensätze, Strukturentscheidungen und Entscheidungen für andere Träger haben zur heutigen Situation geführt. Das Autonome Mädchenhaus ist ein stadtweites Angebot – es passt in keine Bezirksstruktur. Die Anonymität des Ortes ist wichtig für das Vertrauen und Sicherheitsempfinden der Mädchen – genau wie bei den Frauenhäusern. Die Senatsseite wird argumentieren, es gäbe keinen Bedarf mehr. Das trifft nicht zu. Aber man kann ja den Bedarf auch „wegorganisieren“. Ein Beispiel: Ein Mädchen mit Gewalterfahrung meldet sich über das Krisentelefon beim Autonomen Mädchenhaus. Dieses muss wegen der Kostenübernahme beim zuständigen Jugendamt anrufen. Dort wird erst mal gefragt, warum dieses Mädchen denn nicht zu seiner Mutter zurückgeht, deren Anschrift eines der Berliner Frauenhäuser ist. Dann könne sie ja zum Lebensgefährten der Mutter gehen. Den Bedarf gibt es dann natürlich nicht mehr. Was dies für das Mädchen bedeutet, braucht wohl nicht weiter erörtert zu werden.

Uns als Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schmerzt es, heute nur noch die Schließung kommentieren zu können. Wir sehen nach wie vor einen Bedarf in Berlin für ein Mädchenhaus, das unbürokratisch, parteilich für die Mädchen und anonym Schutz und Hilfe anbietet. Besonders absurd ist diese Entwicklung, wenn man die Hintergründe betrachtet. Als einziger mit den Bezirken vertraglich gebundener Träger für Mädchennotdienste verbleibt neben Wildwasser das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF). Die Unterbringung dort ist pro Nacht rund 30 Euro teurer als im Autonomen Mädchenhaus. Dazu kommt ein strukturelles Problem. Das EJF ist auch ein großer Heimträger in der Stadt. Ohne den MitarbeiterInnen Böses zu unterstellen: Strukturell besteht immer die Gefahr, dass Mädchen in den eigenen Heimen untergebracht und damit dauerhaft hohe Kosten produziert werden. Diese Gefahr bestand beim Autonomen Mädchenhaus nicht, da keine Heimplätze angeboten wurden. Damit wird das eigentliche Kostenproblem der Jugendhilfe – nämlich die hohe Zahl der Heimunterbringungen in Berlin – eher verschärft als gelöst. Das sind die absurden Auswir-

kungen der Senatspolitik, die fachliche Verantwortung und finanzielle Ausstattung nicht endlich zusammenführt und gemeinsam diskutiert, sondern nur noch das Primat kurzfristiger Haushaltsüberlegungen gelten lässt.

Presseerklärung vom 30.08.2002, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sibyll Klotz, Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin, und Ramona Pop, jugendpolitische Sprecherin, Berliner Abgeordnetenhaus, Telefon: 030-2325 2450/51, www.gruene-fraktion-berlin.de, pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de

Nutzen der Hormontherapie in den Wechseljahren immer strittiger

Die Women's Health Initiative (WHI)-Studie in den USA, die derzeit bedeutendste und aussagekräftigste Studie zur Hormontherapie in den Wechseljahren, wird nach gut fünf Jahren gestoppt. Grund: der Anstieg der Brustkrebskrankungen und eine negative Nutzen-Schaden-Bilanz. In Deutschland werden die kritischen Ergebnisse der internationalen Forschung bislang weitgehend ignoriert. Vergleichbare Studien fehlen.

16.608 gesunde Frauen zwischen 50 und 79 Jahren waren an dem sog. Östrogen-Gestagen-Arm der WHI-Studie beteiligt, der ursprünglich auf 8,5 Jahre angelegt war. Sie nahmen täglich eine Kombination aus konjugierten equinen Östrogenen und dem Gestagen Medroxyprogesteronazetat oder ein Placebo ein. In der aktuellen Auswertung (<http://www.nhlbi.nih.gov/new/press/02-07-09.htm>) wurde ein Anstieg von koronaren Herzerkrankungen um 29%, von Schlaganfällen um 41%, von Thrombosen um 100%, von kardiovaskulären Erkrankungen insgesamt um 22% und von invasivem Brustkrebs um 26% festgestellt. Dem steht eine Reduktion des relativen Risikos von Hüftfrakturen um ein Drittel, von Frakturen insgesamt um 24% und von Dickdarmkrebs um 37% gegenüber. Die Gesamtsterblichkeit unterscheidet sich nicht. Da das Schädigungspotenzial den potenziellen Nutzen überwiegt, kommt es zum Abbruch dieses Teils der Studie. Der Studienarm mit einer Östrogenmonotherapie bei Frauen, deren Gebärmutter entfernt wurde, wird derzeit noch fortgesetzt.

Knapp 5 Millionen gesunde Frauen in Deutschland nehmen nach den Wechseljahren Hormone ein. Die Anzahl der Verschreibungen und die Dauer der Anwendung sind damit in der Europäischen Union am höchsten. Gleichzeitig gibt es keine einzige deutsche Studie über die Vor- und Nachteile der hier üblichen Hormonpräparate, sowohl zu den präventiven Aspekten als auch zu den Langzeitfolgen.

Umso skandalöser erscheint es deshalb, dass der Berufsverband der Frauenärzte nach diesen alarmierenden Ergebnissen noch immer keinen Grund zum Umdenken sieht. Die gynäkologischen Fachgesellschaften in Deutschland ignorieren seit Jahren die Daten und Fakten aus internationalen Studien, die zu einem kritischen Überdenken der gängigen Verschreibungspraxis führen müssten – mit dem Argument, die Ergebnisse seien auf Deutschland nicht übertragbar.

Fazit: Das FFGZ Berlin lehnt den Einsatz der Hormontherapie zur Prophylaxe bei gesunden Frauen von jeher ab, vor allem da es unstrittigere Möglichkeiten der Prävention ohne Nebenwirkungen gibt. Frauen haben ein Recht darauf, ausführlich und abgewogen über die Hormoneinnahme und ihre potenziellen Risiken auf dem aktuellen Stand der internationalen Forschung informiert zu werden. Der Einsatz von Hormonen bedarf eines kritischeren und zurückhaltenderen Umgangs. Sie sollten nicht länger als 1-3 Jahre verordnet werden, u.a. wegen des steigenden Brustkrebsrisikos. Studien zu den oben genannten Risiken der Hormontherapie mit den in Deutschland gängigen Hormonpräparaten sind absolut überfällig. Es sollten hierbei die bereits vorhandenen Daten (Fallkontrollstudien) ausgewertet und nicht noch mehr Frauen mit Hormonen belastet werden.

Pressemitteilung vom 19.07.2002, FFGZ e.V. Berlin, Cornelia Burgert, Christina Sachse Bamberger Str. 51, 10777 Berlin, Tel. 030 - 213 95 97, Fax 030 - 214 19 27, E-mail ffgzberlin@snafu.de

LFR Nachrichten

Kooperationsvereinbarung des LFR Berlin und des FrauPolRates Land Brandenburg

Die Vorstände des Landesfrauenrates Berlin e.V. und des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. haben auf einer gemeinsamen Sitzung am 19. August 2002 über ihre zukünftige Zusammenarbeit gesprochen und eine Kooperationsvereinbarung verabschiedet. Hierbei ging es nicht zuletzt auch um den gemeinsamen Sitz, den der Landesfrauenrat Berlin und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg ab nächstem Jahr im fusionierten Sender SFB/ORB im Rundfunkrat zu besetzen haben. Die Kooperationsvereinbarung wurde den Geschäftsstellen aller Mitgliedsverbände zur Kenntnisnahme geschickt.

Weiblich, jung, zur Ehe gezwungen

TERRE DES FEMMES hat zu einer Aktion gegen Zwangsheirat aufgerufen. TERRE DES FEMMES ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation, die durch internationale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Einzelfallhilfe und Förderung von Projekten Frauen unterstützt. Für TERRE DES FEMMES steht der 25. November 2002, der internationale Aktionstag „Nein zu Gewalt an Frauen“, unter dem Motto „STOPPT Zwangsheirat – Nein zu Gewalt gegen Frauen“ und ist der Auftakt einer gleichnamigen Kampagne. TERRE DES FEMMES ist dankbar für jede ideelle und finanzielle Unterstützung.

Weitere Informationen unter: TERRE DES FEMMES e.V., Menschenrechte für die Frau, Konrad-Adenauer-Straße 40, D-72072 Tübingen, Tel.: 07071/7973-0, E-Mail: TDF@swol.de, www.terre-des-femmes.de

Spenden an: KSK Tübingen, Konto 881 999, BLZ 641 500 20, Stichwort: Zwangsheirat.

Berliner Frauenfrühling 2003: 2. Lange Nacht der Frauen 2003 –unSichtbare Frauen

Für den 8. März 2003, den internationalen Frauentag, wird bereits – wieder in Kooperation mit der BVG – die 2. Lange Nacht der Frauen organisiert. Es sollen Orte aufgefunden und vorgestellt werden, die mit dem (un)Sichtbaren Wirken von Frauen verbunden sind: z.B. Orte der Musen, Frauen- und Kulturzentren, Frauenbetriebe, Lebens- und Arbeitsräume von Frauen in unserer Stadt. Wer weitere Informationen haben möchte, Ideen hat oder ehrenamtlich bei den Vorbereitungen mitwirken möchte, melde sich bitte bei: Antje-Katrin Schmidt, Tel.: 030 / 929 60 21, antje-katrin-schmidt@freenet.de, oder Gitta-Bianca Ploog, Tel.: 030 / 2324-4605, bianca.ploog@ba-frh.verwalt-berlin.de

Neue Rechte bei Mobbing und sexueller Belästigung

Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegen Mobbing werden gestärkt. Sie können jetzt auch dann Schmerzensgeld von ihrem Arbeitgeber verlangen, wenn er nicht alles tut, um Gesundheitsverletzungen durch Mobbing oder Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung in seinem Unternehmen zu verhindern oder dagegen vorzugehen. Das geht aus den Änderungen des Schadenersatzrechts zur Stärkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hervor, die am 1. August 2002 in Kraft getreten sind. „Damit wird die Rechtsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter gestärkt und der Druck auf Arbeitgeber erhöht, geeignete, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um Mobbing

und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu verhindern“, erläutert die parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium, Ulrike Mascher.

Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz haben für die Opfer oft weitreichende Konsequenzen. Sie können sich auf die Gesundheit, die berufliche oder private Situation der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken. Kernpunkt des Zweiten Gesetzes zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften ist die Ausweitung der Ansprüche auf Schmerzensgeld. Bei Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung besteht nicht nur ein Anspruch auf Ersatz des entstandenen Schadens, sondern auch ein Anspruch auf ein angemessenes Schmerzensgeld. Auch Vertragsverletzungen, wie z. B. Verletzung der Schutzpflichten gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, können jetzt erstmals Schmerzensgeldansprüche begründen. Zuvor konnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Schmerzensgeld verlangen, wenn ein solches schwerwiegendes Fehlverhalten vom Arbeitgeber selbst begangen wurde. (frauen im dbb, 02/08/02)

Ganztagsschulen sind in vielen erfolgreichen „PISA-Ländern“ die Regel

Ganztagsschulen sind in vielen erfolgreichen Teilnehmerstaaten am weltweiten Schulleistungstest PISA die Regel. Dabei haben diese Schulen sehr unterschiedliche nationale Profile.

Im PISA-Siegerland Finnland besuchen alle Kinder neun Schuljahre lang die meist von den Kommunen getragenen Gesamtschulen und essen dort auch zu Mittag. Einige Schulen haben auch Nachmittagsunterricht, zumindest auf dem Land gehen die Kinder aber nach dem kostenlosen Essen nach Hause.

In Großbritannien, das bei PISA vergleichsweise gut abgeschnitten hat, ist die Ganztagschule Pflicht. Die Schüler sind täglich bis etwa 16.00 Uhr in der Schule. Mittags essen sie in der Schulkantine, der Unterricht wird mit Sport aufgelockert. Die Hausaufgaben werden in der Schule unter Aufsicht von Lehrern gemacht. Nur etwa 7 Prozent aller britischen Schüler gehen auf die 164 Privatschulen des Landes.

In Frankreich gehen die Schüler in der Regel um 8.00 Uhr zur Schule und kommen gegen 18.00 Uhr nach Hause, müssen dann aber noch Hausaufgaben machen. Einige Schulen haben mittwochs, die anderen samstags frei. Der Unterricht am Nachmittag beschränkt sich nicht auf Sport, Musik oder Freizeitangebote. Auf dem Stundenplan stehen nach dem Mittagessen in der Schulkantine auch Mathematik, Sprachen und Geschichte. Bei PISA schnitt Frankreich zwar schlechter als Großbritannien, aber immer noch überdurchschnittlich ab.

In den Niederlanden beginnt der Unterricht zwischen 8.30 Uhr und 9.00 Uhr und dauert bis 15.00 Uhr oder 15.30 Uhr. Das Mittagessen für die 45- bis 75-minütige Pause muss sich jeder Schüler selbst mitbringen. Fast alle Gemeinden haben in den vergangenen Jahren zur Ergänzung des Curriculums Sonderprogramme aus der Taufe gehoben, die sich auf soziale Brennpunkte ausländischer und förderungswilliger Schüler konzentrieren. Damit soll der Wortschatz erweitert und mehr Sozialkompetenz vermittelt werden.

In den USA, die bei PISA besser als Deutschland abgeschnitten haben, sind Ganztagsschulen ebenfalls die Regel. (frauen im dbb, 05/08/02)

Immer mehr Professorinnen

Im Jahre 2001 gab es fast doppelt so viele Hochschullehrerinnen wie zehn Jahre zuvor. An deutschen Hochschulen und Universitätskliniken hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Professorinnen fast verdoppelt. Gleichwohl lag ihr Anteil an der Professorenschaft 2001 immer noch bei nur 11 Prozent, wie das Statistische Bundesamt im Juli 2002 in Wiesbaden mitteilte. Insgesamt ging die Zahl der Professorinnen und Professoren 2001 leicht auf gut 37.600 (minus 0,4 Prozent) zurück. Die Zahl aller Beschäftigten an Hochschulen und Unikliniken stieg auf knapp 492.300 (plus 0,7 Prozent).

4.157 Frauen lehrten und forschten den Angaben zufolge 2001 als Professorin an deutschen Unis. 1992 waren es noch 2.246 gewesen, entsprechend einem Anteil von 6,5 Prozent. Ihre Zahl nahm damit um rund 85 Prozent zu.

Von den insgesamt knapp 492.300 Mitarbeitern an den Hochschulen und Hochschulkliniken (ohne studentische Hilfskräfte) waren mit gut 269.500 knapp 55 Prozent in nichtwissenschaftlichen Bereichen wie Verwaltung, Bibliothek, technischer Dienst und Pflegedienst eingesetzt. Mit gut 222.700 Beschäftigten waren rund 45 Prozent wissenschaftlich oder künstlerisch tätig. Mehr als die Hälfte des Hochschulpersonals bestand aus Frauen, allerdings mit großen Unterschieden je nach ausgeübter Tätigkeit: 70 Prozent Frauenanteil beim wissenschaftlichen Personal gegenüber 28 Prozent beim wissenschaftlichen und künstlerischen. (frauen im dbb, 07/08/02)

Frauen in Uniform im Vormarsch

Frauen sind in der brandenburgischen Polizei nach Meinung von Innenminister Jörg Schönbohm deutlich auf dem Vormarsch. Nach der jüngsten Strukturreform bestimmten sie stärker als je zuvor im Führungsgeschäft das Bild des täglichen Dienstes.

Der Anteil der Polizeibeamtinnen im Land erhöhte sich von 12 Prozent im Jahr 1994 auf jetzt mehr als 18 Prozent. Im Bundesdurchschnitt beträgt er nur 10 Prozent. Noch deutlicher zeige sich der Vormarsch der Polizeibeamtinnen im höheren und gehobenen Dienst. Dort stieg der Frauenanteil in den vergangenen acht Jahren von 0 auf mehr als 7 Prozent im höheren bzw. von 4 auf 16 Prozent im gehobenen Dienst. (frauen im dbb, 08/08/02)

LFR Kultur und Medien**Büchertipps****Deborah Tannen****Warum sagen Sie nicht, was Sie meinen? Jobtalk – wie Sie lernen, am Arbeitsplatz miteinander zu reden**

(Piper Taschenbuchausgabe, 2002, 9.90 Euro)

Sie haben ein Gespräch mit Ihrem Vorgesetzten geführt und konnten Ihren Standpunkt nicht überzeugend vertreten? Sie haben als Chefin den Abschlussbericht eines Angestellten gelesen, wissen aber nicht, wie Sie Ihre Kritik am besten verpacken sollen? Oder sind die Gehaltsverhandlungen für Sie wieder einmal mehr als unbefriedigend verlaufen? Nicht nur in Gesprächen im Privatleben, sondern auch am Arbeitsplatz spielen Muster und Rituale eine große Rolle. Deborah Tannen zeigt Wege auf, wie man diese Muster durchbrechen und zu einer erfolgreichen und positiven Verständigung gelangen kann.

Barbara Nohr, Silke Veth (Hrsg.)**Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie**

(Karl Dietz Verlag Berlin, 2002, 9.90 Euro)

Wissenschaftlich angelegtes Buch (160 Seiten), das die unterschiedlichen Facetten des Gender Mainstreaming umfangreich beleuchtet.

Ausgangspunkt des vorliegenden Bandes ist eine Tagung, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Bund demokratischer WissenschaftlerInnen im Frühjahr 2001 durchgeführt hat. Neben der Diskussion feministisch-theoretischer Implikationen von Gender Mainstreaming wurden Gleichstellungsbeauftragte, Gewerkschafterinnen, GeschlechterforscherInnen und Parteipolitikerinnen nach ihren ersten Praxiserfahrungen befragt. Die Beiträge wurden in teilweise aktualisierten Fassungen neu zusammengestellt und ergänzt.

Gender Mainstreaming. Was ist das?

(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2002)

Broschüre (72 Seiten), die aufklärt über Ursprung und Bedeutung des Wortes, über die Unterschiede zwischen Gender Mainstreaming und Frauenpolitik, über die Vorteile des Verfahrens und die Umsetzungsstrategien in der Bundesregierung. Letztendlich werden sehr viele Internet-Adressen vermittelt, auf denen die Interessierte sich weiter informieren kann.

Frauen in Deutschland. Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik

(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2002)

Umfassendes Werk (258 Seiten), das Auskunft gibt über A. „Frauen in der Gesellschaft“ („Bildung und Ausbildung“, „Frauen und Beruf“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Frauen mit Familie und alleinstehende Frauen“, „Frauen im Alter“, „Gesellschaftliche Teilhabe von Frauen“, „Frauen und Gesundheit“, „Situation von Frauen mit Behinderungen“, „Situation von ausländischen und zugewanderten Frauen und Mädchen“), B. „Gleichstellungspolitik“, C. „Internationale Gleichstellungspolitik“, D. „Maßnahmen und Gesetze zur Gleichstellungspolitik seit 1949“ und E. „Publikationen der Bundesregierung zu gleichstellungspolitischen Themen“.

Beide Broschüren können kostenlos bezogen werden über:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

53 107 Bonn

Tel.: 0180 / 532 93 29

E-Mail: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.deInternet: www.bmfsfj.de**Pieke Biermann****Herta & Doris**

(Goldmann, 2002, 9.90 Euro)

In Berlin ist jeder Herta & Doris schon einmal begegnet – dort sind die Damen allenthalben anzutreffen. Herta und Doris haben grundsätzlich immer und zu jedem etwas zu sagen, und das tun sie vorwiegend schnell, knapp, grob. Ein Verfahren, das allgemein als „Berliner Schnauze“ bekannt ist.

Pieke Biermann hat den Damen fast schon mit Röntgenaugen auf eben diese „Berliner Schnauze“ geblickt, und sie verleiht dem Gehörten in „Herta & Doris“ eine vieltönende Stimme: Ein paar knappe Sätze, ein kurzer Dialog – und schon hat Pieke Biermann das Alltägliche wie das Politische neu, treffend und geistreich ausgelotet.

Die dreißig Prosastücke von Pieke Biermann – die sich als mehrfach preisgekrönte Krimiautorin einen Namen gemacht hat – können als Kaleidoskop-Charakteristik der heutigen Berlinerinnen schlechthin gelten.

Von der Autorin zur Verfügung gestellte Leseprobe:**Statt eines Vorworts: Variagra delectati**

Ein Schattendasein führen die beiden ja beileibe nicht. Im Gegenteil. Inzwischen weiß wirklich längst alle Welt, daß der schlechthinnige Berliner erstens vorwiegend (wenn auch nicht ausschließlich) weiblich ist und zweitens Herta & Doris heißt. Und dass drittens, wer die beiden einmal entdeckt hat, überall auf sie prallt. „Da kann man die Uhr nach stellen!“

(Achten Sie mal drauf – bei Ihrem nächsten Berlin-Besuch. Diese Empfehlung ist für Berliner wie Besucher gleichermaßen kompatibel.)

Ich weiß sogar von Leuten aus Köln und Kairo, die Berlin erst wieder verlassen, wenn sie Herta & Doris in zwei, drei Variationen begegnet sind. Und ich habe aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren, dass – sobald der Nemax ein bisschen credibility zurückerobert hat – ein paar neue Startups an die Börse gehen werden. Herta & Doris Trekking Tours. See your capital with H&D. Gastro und Catering „Flanierraupen“, eine Tochter der Unternehmensgruppe Herta & Doris.

So in der Preisklasse. Und wenn ich die gründen muß. David Bowie hat sich schließlich selber zum Aktienpaket erklärt, und der war auch mal Berliner. West-Berliner allerdings. Herta & Doris dagegen sind ohne diesen eingestürzten Neubau namens „Berliner Mauer“ gar nicht denkbar. Aber ich glaube, ich muß da mal kurz historisch ausholen, damit Sie wissen, was ich meine. (Und in wie vielen Gestalten Ihnen selbst Herta & Doris schon über den Weg gelaufen sind.)

Vor mir haben sie sich vor vielen Jahren zum ersten Mal materialisiert, ich glaube, es war 1991. als Schriftstellerin & Hausfrau kommt man ja rum, und ich musste damals auch nach Cattolica. Ein Nest, in dem es obendrein nach-saisonal nieselte und überhaupt so triese war wie eigentlich nur Venedig, wenn besungen von nordwesteuropäischen Schlagerhirseln (Hervé Villard, zum Beispiel).

Da saßen sie. In einer Art „Disco Keese“ zur Musik von Eros Ramazotti, wenn mich nicht alles täuscht. Also in so einem typischen Freß- und Tanz-Bums für cisalpine TouristInnen unter einer Plastikweinpergola (es könnte auch eine Plastikweinpergola gewesen sein, denn wie gesagt Herta & Doris sind ein gesamtberliner Prinzip) an einem rotweiß gewürfelten Tisch. Mit starrem Blick auf die ebenso spärlich vorhandene wie unholde Männlichkeit. Körpersprachlich irgendwo zwischen: „ob mich heute einer will?“ und: „Bei dis Anjeboot hier würd Abkehr von Hehteroh-Sexewallität echt'n Überlehmsprinzip!“ Zwei Frauen also im besten Alter (das heißt, der Dekade zwischen 27 und 59) und mit diesen zwei, drei Surplus-Pölsterchen, die den gefürchteten N/w (Narzißmus/weiblich) würzen mit der Prise Frust, die angeblich automatisch das Spurenelement Bi/m (Beschützerinstinkt/männlich) freisetzt. Die eine blond-, die andere brünettgelockt. Kurz: die Schwestern von Bailey's Cream & Bonnie Tyler. Ur-Fassung.

Keine Ahnung, wie sie wirklich hießen. Spielt auch keine Rolle. Sie waren Herta & Doris, und zwar augenblicklich. So was weiß man einfach, als Schriftstellerin & Auch-Frau. Ich wusste schließlich auch lange, bevor sie das akustisch bestätigt hatten, dass sie aus Berlin waren. Auch wenn einem die ganze Tragweite solchen Wissens oft erst später klar wird.

Jedenfalls treffe ich die beiden seitdem überall und immer wieder. Mal zu zweit, mal allein. Mal jünger, mal älter. Eine unendliche Palette von „Töchtern von“ und „Schwestern von“ aus ebenso variablen Gen-Pools – von „Prosäcko & Procura“ bis „Mumm-Brut & Mutter Courage“. Manche heißen auch Volker & Christian oder leben in Los Angeles.

Herta & Doris haben grundsätzlich zu allem & jedem etwas zu sagen. Das passiert vorwiegend (aber nicht ausschließlich) schnell, knapp und grob. Man kennt das Verfahren allgemein als „Berliner Schnauze“, aber hinter der rauen Schale von Herta & Doris steckt nicht der sprichwörtliche weiche Keks, sondern gern das Gelbe vom Ei. Wer sich damit bekleckern möchte, ist selber schuld. Kurz, Herta & Doris nehmen selbstverständlich das Politische persönlich, machen aus Privatestem Politik und lassen auch den Fußballgott keinen guten Mann sein.

Ich will das mal eben an einem Beispiel transparent machen. Neulich im Bus, den Ku'Damm entlang. Herta ist circa 50. Roter Bubikopf, weiße Tennisschuhe, Stretch-Jeans und dezente Hemdbluse mintgrün. Der Typ (heute) Rubens-Barricado (früher). Unter der Nase ein Modemagazin für die emanzipierte Mittelschichtlerin. Plötzlich stöhnt sie auf: „Samm, sind sie alle irre?“

Doris, Hertas gespucktes Ebenbild 20 Jahre jünger, aber mit gelbrot gestreiften Strähnen, Caterpillar-Stiefeln und Shorts & Hemd in Golfkriegscamouflage, dreht langsam den Kopf vom Fenster weg.

„Denen fällt wo' jar nischt mehr ein!“

„Is jetze in und neechset Jahr wieder wech, Mamma.“ Doris zuckt gelangweilt die Schultern. „Keene Panick.“

„Wie – watt – Panick!“

Doris kuckt wieder auf den Ku'Damm. „Ick halt's für einfach'n Überbietungszwank – wenn die Jehnseite mit Viagra uffrüstet, gloo'm die Mädels, sie müssen nachrüsten. Kommt die Unterwösche ehmt nach ohm.“

Herta wirft die Stirn in Plisse und schüttelt energisch den Kopf. „Also - 'n BH als Topp, 'n Unterrock als Sommerkleid – mein liebes Kind, sowat hat deine Mutter vor 30 Jahre schon öffentlich spazierenjeführt. Wo kricht man einklich Tanktjehnen dafür!“

Aktueller Veranstaltungskalender des LFR-Berlin

Die Plenarsitzung, die für den 21. Oktober vorgesehen war, wurde auf Montag, den 28. Oktober verschoben. Alle Delegierten werden herzlichst gebeten, an diesem Tag zu kommen. Es findet die Neuwahl des Vorstandes statt!

Am 30. Oktober findet nun endlich unsere Frauentour „Marlene Dietrich und die 20er Jahre am Kurfürstendamm“ statt. Wir treffen uns um 16 Uhr am U-Bahnhof Uhlandstraße. Der Spaziergang dauert ca. 2 Stunden. Es wird eine Kostenbeteiligung von 8 Euro erbeten. Bitte vorher unter 785 70 10 anmelden.

Veranstaltungsangebot

Veranstaltungen des Business and Professional Women – Club Berlin e.V.

- 10.10.2002, 19.00 Uhr: BPW für Interessentinnen, 20.00 Uhr: Clubabend.
- 17.10.2002, 19.00 Uhr: Berliner Unterwelten, Anmeldung: ute.bayer@gmx.de
- 24.10.2002, 19.00 Uhr: Ein starker Auftritt, Referentin: Karin Gante, Ort: Klingelhöfer Str. 4, 10 785 Berlin, Anmeldung: gisela.goettle@bpw-berlin.de
- 07.11.2002, 19.00 Uhr: BPW für Interessentinnen, 20.00 Uhr: Clubabend.
- 13.11.2002, 19.00 Uhr: Medientraining, Ort: Klingelhöfer Str. 4, 10 785 Berlin, Anmeldung: gisela.goettle@bpw-berlin.de
- 21.11.2002, 19.00 Uhr: Führung: Alte Nationalgalerie, Anmeldung: ute.bayer@gmx.de
- 05.12.2002, 19.00 Uhr: BPW für Interessentinnen, 20.00 Uhr: Weihnachtsfeier.
- 12.12.2002, 19.00 Uhr: Internet, Referentin: Martina Müller, Ort: Helmholtzstr. 2-9, Haus 1, Eingang 2, Anmeldung: gisela.goettle@bpw-berlin.de

Clubabende und Informationsveranstaltungen im:

Salt'n Pepper

Salzufer 1

10 587 Berlin

030 / 39 01 15 85

Zugang: Mercedes-Benz-Gebäude, Haupteingang auf der Empore

S-Bahn: Tiergarten

Die Informationsveranstaltungen sind kostenlos und unverbindlich.

Kostenbeitrag für Vorträge:

Mitglieder 2,50 Euro, Gäste 10 Euro

Zwei Veranstaltungen

des Bundesverbandes der Frau im freien Beruf und Management e.V.

Keine Angst vor Physik, Karrierewechsel und Kameras

Donnerstag, 10. Oktober 2002, 18. 30 Uhr

Eine Einführung in die Physik, den Karrierewechsel und wie muss ich eigentlich in die Kamera gucken, um später auf dem Bild gut auszusehen? Dr. Regina Geisler ist promovierte Physikerin, die sich als Fotografin selbständig gemacht hat.

Referentin: Dr. Regina Geisler

Treffpunkt: Brasserie am Gendarmenmarkt

Kostenbeitrag: 13 Euro

Gesund bleiben trotz Stress

Donnerstag, 7. November 2002, 18. 30 Uhr

Jede von uns kennt dieses Problem: Es gibt viel zu tun, Computerarbeit, das Mittagessen fällt aus oder wird runtergeschlungen. Wie können wir unseren Körper erkennen und wie bleiben oder werden wir gesund? Homöopathie ist ein anderer – ganzheitlicher – Weg zur Gesundheit. Referentin: Ilse Staudtner-Kredel, Ärztin, Homöopathin.

Treffpunkt: Brasserie am Gendarmenmarkt

Kostenbeitrag: 13 Euro

Wenn Sie eine der beiden Veranstaltungen besuchen wollen, dann melden Sie sich vorher bitte unbedingt per E-Mail: berlin@bfbm.de oder Fax: 485 75 85 an.

Anzeige**Anja Feldhorst**

Lektorat | Konzeption | Beratung | Texterstellung

 Wissenschaftliche Texte
 KRIMINALLITERATUR

 Sach- und Fachbücher
 Biografien/Memoiren

 Kolonnenstraße 34
 10829 Berlin

 ☎ 030 - 23 62 09 83
 ☎ 030 - 782 78 01

 E-Mail: info@lektorat-feldhorst.de
 Internet: www.lektorat-feldhorst.de
Für die Entstehung dieser Ausgabe danken wir:

allen Frauen, die einen Artikel geschrieben haben,
 den Frauen vom bundesweiten Koordinationskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an
 Frauen im Migrationsprozess für ihren Beitrag
 und Pieke Biermann, die uns die Leseprobe zur Verfügung gestellt hat;
 darüber hinaus Anja Feldhorst, die diese Ausgabe lektoriert und am Layout mitgebastelt hat.

Impressum
 Herausgeberin:
 Landesfrauenrat Berlin e.V.
 Tempelhofer Damm 2
 12 101 Berlin
 Telefon & Fax: 030 / 785 70 10
 E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

Redaktion: Petra Steinke

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Landesfrauenrates dar.

Das Mitteilungsblatt *Wir Berlinerinnen* kann jede/r abonnieren, auch einzelne Mitglieder der Verbände. Wir bitten um Ihr Verständnis, dass wir hierfür einen Kostenbeitrag von 15 Euro (für vier Ausgaben pro Jahr) erheben müssen.

Wir freuen uns über jeden Artikel, den Sie uns zum Abdruck in *Wir Berlinerinnen* zur Verfügung stellen, auch Einladungen zu anstehenden Veranstaltungen drucken wir gerne ab. Rufen Sie uns unter 785 70 10 an.

For the following three pages, please write your answers to the questions below. The questions are designed to help you think about the issues involved in the case. They are not meant to be a test of your knowledge, but rather a way to help you understand the case better. Please write your answers in the spaces provided.

1. What is the main issue in this case?

QUESTIONS

1. What is the main issue in this case?
2. What are the facts of the case?
3. What is the court's decision?
4. What is the court's reasoning?
5. What is the court's conclusion?

The court's decision is based on the following facts: The plaintiff, a woman, was injured when she was struck by a car. The car was driven by a man who was driving recklessly. The court found that the man was negligent and that the woman was injured as a result of his negligence. The court awarded damages to the woman for her injuries.